

V-69 Sicherheit statt Populismus – ein grüner 10-Punkte-Plan zu den aktuellen Herausforderungen in der Innenpolitik

Antragsteller*in: Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Der Wunsch nach Sicherheit in einer von Unsicherheit geprägten innen- und
2 außenpolitischen Weltlage ist in allen gesellschaftlichen und politischen
3 Diskursen allgegenwärtig. Tatsache ist, dass die Bedrohungen für die Demokratie,
4 den Rechtsstaat und den gesellschaftlichen Zusammenhalt eine neue Qualität
5 erreicht haben, für die es Antworten braucht.

6 Debatten über innere Sicherheit sind schon viel zu lang getrieben von
7 emotionalisierter Schärfe, rationalen Fehlschlüssen und allzu oft verkürzten
8 Antworten auf gesamtgesellschaftliche Fragestellungen. Dies gilt besonders für
9 die wiederkehrenden Debatten über Abschiebungen, Grenzschießungen und
10 Zurückweisungen, die unzulässig als Debatte über innere Sicherheit gelabelt
11 werden. Vielmehr gilt umgekehrt: Trotz andauernder asyl- und
12 aufenthaltsrechtlicher Gesetzesverschärfungen auf nationaler und europäischer
13 Ebene, lagen und liegen hierin gerade keine konkreten Lösungen für konkrete
14 Probleme in Fragen der Sicherheit. Im Gegenteil: Gerade bei Menschen mit
15 Migrations- oder Fluchtgeschichte führen sie zu massiver Verunsicherung mit
16 deutlichen Einschränkungen auf die persönliche Lebensgestaltung. Mittlerweile
17 ist der Diskurs so weit verrutscht, dass Migration mit Kriminalität
18 gleichgesetzt wird. Obwohl die Forschung seit Jahrzehnten immer wieder
19 bestätigt: Migration und Flucht haben keinen systematischen Einfluss auf die
20 Kriminalität im Aufnahmeland. Nicht die ethnische Zugehörigkeit oder
21 Staatsbürgerschaft ist für Kriminalität verantwortlich, sondern soziale
22 Ungerechtigkeiten und die damit verbundenen schwierigen Lebenslagen der
23 betroffenen Menschen. Umso fataler ist die Instrumentalisierung von Anschlägen
24 aus rassistischer Motivation durch rechtsextreme Kräfte, aber auch zunehmend
25 durch demokratische Parteien. Hier werden Ängste geschürt, das Sicherheitsgefühl
26 der Menschen manipuliert und instrumentalisiert. Das aber lenkt nicht nur von
27 einer rationalen Betrachtung der Herausforderungen für den Staat und unsere
28 Sicherheitsbehörden ab. Es befördert auch die gesellschaftliche Spaltung und
29 schafft mehr Unsicherheit. Insbesondere dann, wenn ganze Bevölkerungsgruppen
30 unter Generalverdacht gestellt werden. Dies wird umso deutlicher, stellt man das
31 innen- und sicherheitspolitische Schweigen zu rechter Gewalt,
32 rechtsterroristischen Anschlägen- und Umsturzplänen und das Wiedererstarken
33 lokaler rechtsextremer und rassistischer Mainstreamkulturen gegenüber.

34 Wer auf Grundlage von Spekulationen und Vorurteilen sicherheitspolitische
35 Entscheidungen mit erheblichen Auswirkungen auf die Grund- und Menschenrechte
36 trifft, höhlt Grund- und Menschenrechte aus. Diese aber bilden die Grundlage
37 jeder freiheitlichen Demokratie. Deshalb müssen sicherheitspolitische
38 Entscheidungen auf solider Faktenbasis stehen und immer den Vorrang der
39 Menschenwürde achten.

40 Doch statt evidenzbasierter Erkenntnisse dominieren längst emotionale
41 Rechtfertigungen, unsachgemäße Interpretationen von Kriminalitätsstatistiken und
42 Aufmerksamkeitsökonomien politisches Handeln. Allein die Gleichsetzung
43 registrierter Straftaten als tatsächliche Kriminalitätsentwicklungen lässt nur
44 eine unvollständige Ursachenanalyse der sicherheitspolitischen Herausforderungen
45 zu. So geraten Freiheitsrechte, weit über das extrem rechte Lager hinaus, unter
46 Druck. Politischer Aktionismus und Populismus ersetzt so den eigentlich
47 notwendigen menschenrechtsbasierten, rationalen und wissenschaftlich fundierten
48 Umgang mit Kriminalität. Dieser muss die Basis bilden, um wirksame und
49 nachhaltige Lösungen zu entwickeln, welche die Grundprinzipien und Werte der
50 Verfassung stärken. Dabei dürfen sich die Maßnahmen nicht nur auf
51 Sicherheitsbehörden oder ordnungsrechtliche Herangehensweisen beschränken,
52 sondern müssen einen erweiterten Sicherheitsbegriff zu Grunde legen, der vor
53 allem Ursachen und Präventionsfaktoren in den Mittelpunkt stellt.
54 Kriminalitätsvermeidung wird vor allem durch Maßnahmen der sozialen,
55 finanziellen und lebensgestaltenden Sicherheit effektiv adressiert. Deshalb
56 setzen wir uns für eine grundsätzlich präventionsgeleitete Sicherheitspolitik
57 ein.

58 Wir stellen uns dem von rechten Diskursen oder Narrativen getriebenen
59 Sicherheitsdiskurs entgegen und zeigen als Bündnis 90/die Grünen echte Antworten
60 für die sicherheitspolitischen Fragen dieser Zeit auf.

61 1. Soziale Sicherheit stärkt die innere Sicherheit – Prävention in den
62 Mittelpunkt stellen

63 Sicherheit und Soziales müssen zusammengedacht werden, um positiv und nachhaltig
64 Einfluss auf Kriminalitätsentwicklung nehmen zu können. Es ist klar durch die
65 Forschung belegt, dass Armut, Perspektivlosigkeit und fehlende Teilhabe
66 Kriminalitätstreiber sind. Immer wieder rücken die Regelstrukturen der sozialen
67 Arbeit bei begrenzten finanziellen Spielräume zuerst ins Zentrum von
68 Kürzungsdebatten. Dabei ist es gerade die soziale Arbeit im öffentlichen Raum
69 und mit betroffenen Zielgruppen vor Ort, die einen wesentlichen
70 Sicherheitsfaktor darstellt. Hier werden individuelle und strukturelle
71 Problemlagen frühzeitig erkannt und können entsprechenden Lösungen zugeführt
72 werden. Akteure ohne Uniform können dabei genauso zur Sicherheit beitragen wie
73 Akteure in Uniform. Deshalb müssen die Regelstrukturen gestärkt, Zugänge in die
74 Hilfesysteme erleichtert und niedrigschwellige Angebote ausgebaut werden. Es
75 geht darum in den Kommunen Begegnungsräume zu schaffen, die Arbeit mit Kindern
76 und Jugendlichen in ihren Lebensrealitäten zu stärken und Problemlagen im
77 öffentlichen Raum mit sozialen Angeboten entgegenzuwirken. Hinzu kommt, dass die
78 städtebauliche Kriminalprävention flächendeckend an Bedeutung gewinnen muss.
79 Dabei ist besonders wichtig, dass nicht nur die Polizeiperspektive Eingang
80 findet, sondern auch eine gute soziale Infrastruktur geschaffen und langfristig
81 abgesichert wird. Dort wo Polizei tagtäglich agiert, insbesondere im Quartier,
82 braucht es neue, mutige und bürger*innennahe Ansätze des community policing,
83 Niederschwelligkeit, Kontakt, Nähe und Einbindung in die Quartiersarbeit. Die
84 Verankerung von Präventionsarbeit und Aufklärung befähigt Menschen zudem sich

85 vor Betrug und kriminellen Tatmustern zu schützen und stärkt das subjektive
86 Sicherheitsempfinden.

87 2. Mental Health Crisis als Sicherheitsfrage – Psychosoziale Infrastruktur
88 ausbauen

89 Im Kontext von Anschlägen und Amokläufen wird zwar über die psychischen
90 Situationen der Täter gesprochen, jedoch wenig darüber, die psychosoziale
91 Versorgung tatsächlich zu verbessern. Dabei ist die Zunahme an Einsatzlagen und
92 der Umgang mit Menschen mit psychischen Erkrankungen und in psychischen
93 Ausnahmeständen eine der zentralen Herausforderungen im polizeilichen Alltag.
94 Die bisherigen Einsatzkonzepte und -trainings, Hinzuziehung externer Expertise
95 und Regelungen der PsychKGs sind lückenhaft. Die Fälle, in denen Einsätze mit
96 Menschen in psychischen Ausnahmesituationen eskalieren, sind ein zentrales
97 Arbeitsfeld der Bundes- und Landespolizeien, was sich deutlich stärker in Aus-
98 und Fortbildung widerspiegeln muss. Es gibt viele Faktoren, die sich auf die
99 psychische Gesundheit auswirken. Die Folgen der Pandemie, die Parallelität von
100 Krisenerfahrungen und damit verbundene Zukunftsängste, Vereinsamung und die
101 zunehmende Bedeutung sozialer Interaktion im digitalen Raum – sie alle sind
102 Ursachen von Belastungssituationen, die in unberechenbare oder schwer zu
103 kontrollierende Tatmuster oder Einsatzlagen übergehen können. Dabei ist
104 festzustellen, dass die psychosoziale und psychiatrische Versorgung sowohl im
105 klinischen als auch im ambulanten Bereich weit unter der Bedarfsdeckung liegt.
106 Es ist kein Geheimnis, dass gerade die psychosoziale Versorgung von Geflüchteten
107 seit Jahren massiv unterfinanziert ist. Genauso sind eigene Gewalterfahrungen,
108 psychische Erkrankungen, Traumatisierungen oder religiöse und ideologische
109 Verblendung gerade in akuten Belastungssituationen befördernd für
110 Radikalisierungs- und Gewalttendenzen. Neben dem Ausbau von Kapazitäten und der
111 Schaffung interdisziplinärer, multiprofessioneller Einsatzteams von Polizei,
112 Sozialarbeiter*innen und Psycholog*innen sind niedrigschwellige Hilfsangebote
113 für Betroffene notwendig. Im Bereich der psychosozialen Versorgung müssen die
114 Öffentlichen Gesundheitsdienste auf kommunaler Ebene deutlich gestärkt,
115 Fragmentierungen innerhalb der Versorgung abgebaut werden und neue Konzepte der
116 wohnortnahen Versorgung etabliert werden. Es braucht keine Register aus dunklen
117 Zeiten, sondern Unterstützung und Zugang zu Hilfe und Therapie.

118 3. Rechtsextremismus und Rassismus bekämpfen – Demokrat*innen fördern

119 Die migrationsfeindlichen Debatten der vergangenen Jahre haben dazu geführt,
120 dass die Bedrohung durch Rechtsextremismus und Rassismus in den Hintergrund
121 sicherheitspolitischer Betrachtungen geraten ist. Dabei ist der Aufstieg der
122 extremen Rechten und der AfD als parlamentarischer Arm des Rechtsextremismus und
123 -terrorismus in Deutschland die größte Gefahr für die freiheitliche Demokratie
124 von Innen. Rechtsextreme Straftaten befinden sich auf einem Allzeithoch,
125 Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte und rassistisch, antisemitisch und
126 queerfeindlich motivierte Straftaten und Hasskriminalität sind zur neuen
127 Normalität geworden. In manchen Gegenden bilden sich rechtsfreie Räume, in denen
128 sich Demokrat*innen aus politischem und ehrenamtlichem Engagement zurückziehen.
129 Es kann nicht sein, dass trotz Demonstrationen von Millionen von Menschen in
130 Deutschland in den letzten Jahren keine politischen Konsequenzen folgen. Das
131 AfD-Verbotsverfahren muss endlich vor das Bundesverfassungsgericht gebracht
132 werden. Spätestens die Tatsache, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz die

133 AfD als bundesweit gesichert rechtsextrem eingestuft hat, muss als klares
134 Warnsignal und Anlass zum Handeln ernst genommen werden. Politisch motivierte
135 Kriminalität darf nicht kleingeredet und das Dunkelfeld muss weiter aufgehell
136 werden. Überdies braucht es eine konsequente Verfolgung von Straftaten, die
137 Vollstreckung von offenen Haftbefehlen und das Trockenlegen extrem rechter
138 Netzwerke – auch im Netz.

139 Es steht dabei außer Frage, dass auch der gewaltbereite, radikalisierte
140 Islamismus unsere freiheitlich demokratische Grundordnung, unseren Rechtsstaat,
141 unsere Demokratie angreift und gefährdet. Sowohl der faschistische Führerstaat
142 als auch ein Kalifatstaat basieren im Fundament auf einem menschenfeindlichen
143 Weltbild, das darauf ausgerichtet ist, demokratische Rechte abzuschaffen und
144 Menschen zu verfolgen, die anders denken, anders leben oder anders lieben. Und
145 immer werden dabei vor allem die Rechte von Frauen angegriffen. Es liegt daher
146 auf der Hand, dass wir dem Islamismus genauso entschieden entgegentreten müssen,
147 wie dem Rechtsextremismus. Dafür benötigen wir eine Stärkung der
148 Deradikalisierungsarbeit, mehr Beratungsstellen gegen Verschwörungsideologien
149 und einen Ausbau der zielgruppenspezifischen Jungen- und Männerarbeit vor Ort.

150 Statt der Kriminalisierung der demokratischen und antifaschistischen
151 Zivilgesellschaft braucht es ein Demokratiefördergesetz: Gerade jetzt braucht es
152 eine dauerhafte und verlässliche Finanzierung von Vereinen und Projektträgern,
153 die sich gegen Rassismus, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit und andere Formen
154 der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und für den gesellschaftlichen
155 Zusammenhalt und die Rechte von Minderheiten und marginalisierten Gruppen
156 einsetzen. Gerade dort, wo Kommunalpolitik die Förderstrukturen bewusst
157 zerstört, braucht es verlässlichen Rückhalt für die Zivilgesellschaft.
158 Politische Bildung, schulische Bildung, Erwachsenenbildung, Gedenkstättenarbeit,
159 (lokale) Erinnerungskultur, Demokratiebildung und Integration im Sport sind
160 Garanten für eine wehrhafte Demokratie. Es darf keine Neutralität gegen
161 Verfassungsfeinde geben.

162 4. Bei Femiziden und Gewalt gegen Frauen nicht wegschauen – Opferschutz
163 ausbauen

164 Alle drei Minuten erlebt eine Frau oder ein Mädchen in Deutschland häusliche
165 Gewalt. Jeden Tag werden mehr als 140 Frauen und Mädchen Opfer einer
166 Sexualstraftat. Das Dunkelfeld ist bedeutend höher. Versuchte und vollendete
167 Femizide gerade im Kontext häuslicher Gewalt, sind in Deutschland alltäglich.
168 Obwohl jeden zweiten Tag eine Frau getötet wird, weil sie eine Frau ist, gibt es
169 keine bundeseinheitliche Erfassung und Dokumentation von Femiziden. Auch im 21.
170 Jahrhundert ist es in unserer patriarchalen Gesellschaft nach wie vor ein
171 Lebensrisiko, eine Frau zu sein. Das dürfen wir nicht länger als gegeben
172 akzeptieren und die Bedarfe der Betroffenen in den Fokus nehmen. Gewalt gegen
173 Frauen und Mädchen ist in unserer Gesellschaft noch immer eins der größten
174 innenpolitischen Probleme. Nachdem sich die Union lange gegen das
175 Gewalthilfegesetz gewehrt hat, ist damit ein wichtiger Schritt in die richtige
176 Richtung gelungen, der die Länder stärker finanziell unterstützen wird. Die
177 Gelder müssen auch dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Dieser besondere
178 Gewaltschutz muss zukünftig auch für trans- und nichtbinäre Menschen gelten und
179 gesetzlich verankert werden. Von der vollständigen Umsetzung der Istanbul-
180 Konvention ist Deutschland aber noch weit entfernt. Die Frauenhäuser sind

181 chronisch überlastet, es braucht einen Ausbau auch von Schutzwohnungen. Oftmals
182 verhindern Abhängigkeits- und Machtverhältnisse ein selbstbestimmtes Leben frei
183 von Unterdrückung und Gewalt. Zukünftig muss es heißen: Wer schlägt, der geht.
184 Es muss zum Standard werden, dass Betroffene von Straftaten eine umfassende und
185 bedarfsgerechte Unterstützung erhalten. Eine proaktive Ansprache und ein
186 Rechtsanspruch auf Beratungs- und Unterstützungsangebote sowie die dauerhafte
187 Finanzierung der Unterstützungsmaßnahmen müssen durch ein Opferschutzgesetz
188 gesetzlich verankert werden. Lücken im bestehenden Hilfs- und Schutzangebot
189 sollen so geschlossen werden. Zur Durchsetzung von Gewaltschutzmaßnahmen braucht
190 es effektive Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten, interdisziplinäre
191 Fallkonferenzen, Gewaltschutz-Apps und den Ausbau von Gewaltschutzambulanzen zur
192 beweissicheren Dokumentation von sexualisierter und häuslicher Gewalt. Bei den
193 Diskussionen um die Elektronische Aufenthaltsüberwachung (Fußfessel) in
194 Hochrisikofällen, darf nicht vergessen werden, dass das spanische Modell
195 ganzheitlich ausgestaltet war. Es darf nicht bei symbolpolitischen
196 Beruhigungspillen bleiben. Die Maßnahmen müssen so angelegt werden, dass sie
197 einerseits rechtsstaatlichen Ansprüchen genügen und gleichzeitig für die
198 betroffenen Frauen tatsächlichen Schutz bedeuten. Mit dem spanischen Modell
199 wurde das Hilfesystem massiv ausgebaut, die Unterstützung von Betroffenen
200 gestärkt und Anti-Gewalt-Trainings fest in den Lehrplänen verankert. Der Schutz
201 von Frauen und Mädchen beinhaltet antifeministische Einstellungen zu adressieren
202 und Feminismus nicht als Partikularinteresse zu betrachten. Antifeministische
203 Ideologien sind nicht zuletzt häufig ein Einstieg in menschenfeindliche, rechte
204 oder islamistische Radikalisierung. Feministische Innenpolitik ist daher kein
205 Hirngespinnst, sondern das Versprechen, dass der Schutz von Frauen und Mädchen in
206 unserer Gesellschaft die notwendige Aufmerksamkeit und Priorisierung bekommt.

207 5. Milliardenschäden durch organisierte Kriminalität und
208 Wirtschaftskriminalität – Strukturen aufdecken und konsequent verfolgen

209 Der größte finanzielle Schaden durch Kriminalität entsteht durch die
210 organisierte Kriminalität und Wirtschaftskriminalität. Hier geht es nicht um
211 Bagatelldelikte, sondern von Milliardensummen. Gigantische Beträge, die entweder
212 auf dem Schwarzmarkt mit Drogen, Waffen und Menschenhandel erwirtschaftet werden
213 oder durch Steuerschlupflöcher und komplexe Betrugsmaschinerien, Firmengeflechte
214 und Briefkastenfirmen dem Staat vorenthalten werden. Es geht insgesamt um
215 dreistellige Milliardenbeträge, die dem Staat für seine Aufgabenerfüllung in
216 sämtlichen relevanten Bereichen geraubt werden. Dabei gefährdet Organisierte
217 Kriminalität auch demokratische Gesellschaften und zwar durch Korruption und das
218 Umgehen rechtsstaatlicher Grundsätze aber auch durch die Unterwanderung
219 bestimmter Märkte. Der Fokus innenpolitischer Debatten dreht sich stattdessen
220 zum einem seit Jahren um den sehr kleinen Bereich der sogenannten
221 „Clankriminalität“. Dabei wohnt diesem Konzept nicht nur eine systematische
222 Diskriminierungspraxis inne, sondern erschwert zugleich die zielgerichtete
223 polizeiliche Befassung. Oftmals wird als einfache Antwort eine Fokussierung von
224 Ermittlungsbehörden auf Kontrolldelikte in den Fokus gestellt. Diese tragen
225 jedoch nicht dazu bei, die maßgeblichen komplexen Strukturen organisierter
226 Kriminalität aufzudecken. Im Fokus müsste eine stärkere und effektive
227 internationale und vor allem europäische Vernetzung von Sicherheits- und
228 Justizbehörden stehen. Es ist bereits im bestehenden Hellfeld bekannt, dass
229 organisierte Kriminalität überwiegend grenzüberschreitend agiert. Das
230 Bundeskriminalamt und die Landeskriminalämter genauso wie die

231 Staatsanwaltschaften müssen in die Lage versetzt werden einen stärkeren Fokus
232 auf Strukturermittlungen legen zu können, damit die „großen Fische“ nicht durchs
233 Netz gehen. Zur Durchsetzung von Vermögensabschöpfungen bei Erträgen aus
234 illegalen Quellen, auch durch die Einziehung von Immobilien, braucht es neben
235 kriminalpolizeilichen Kompetenzen, qualifiziertes Personal, das
236 wirtschaftsrechtliche und -praktische Geflechte erkennen, nachvollziehen und
237 verfolgen kann. Ein durchgehender follow-the-money- Ansatz in den zuständigen
238 Behörden ist dabei unverzichtbar. Dafür braucht es auch Schnittstellen mit den
239 Finanzämtern, der Steuerfahndung und dem Zoll.

240 Auch die Forschung und Zivilgesellschaft müssen besser gefördert und
241 Kooperationen verbessert werden, damit Erkenntnisse von der Theorie in die
242 Praxis übertragen werden können. Perspektivisch braucht es eine
243 Neustrukturierung und Bündelung der Kompetenzen und Befugnisse zur Bekämpfung
244 der Finanzkriminalität durch eine bundeseinheitlich organisierte Finanzpolizei.
245 Bisher sind Steuerfahnder*innen durch die örtliche Anbindung an die Finanzämter
246 oft nicht ausreichend ausgestattet oder können, und hierfür gibt es beredte
247 Beispiele, in ihrer Arbeit sogar gezielt ausgebremst werden. Durch eine
248 ausreichende und an gleichen Standards bemessene Ausstattung und die Stärkung
249 der Unabhängigkeit könnte effektiver gegen Wirtschaftskriminalität und
250 Steuerbetrug vorgegangen werden.

251 6. Digitalkompetenz statt Neuland – Cyberangriffe und Cybercrime

252 Die Schäden durch Cyberangriffe steigen von Jahr zu Jahr an, mittlerweile werden
253 sie allein in Deutschland auf knapp unter 300 Milliarden Euro jährlich
254 geschätzt. Unternehmen und Privatpersonen werden mit Ransomware, Phishing-
255 Attacken oder Schadsoftware angegriffen. Auch die kritische Infrastruktur gerät
256 besonders in den Fokus der Angreifer, die insbesondere in Russland und China zu
257 verorten sind. Hinzukommen massive Angriffe auf unsere Demokratie von innen und
258 von außen durch gezielte Desinformationskampagnen. Die weitgehend unbegrenzte
259 Machtfülle im digitalen Raum in den Händen weniger Tech-Giganten und unter
260 Kontrolle autokratischer Staaten stellen eine der größten Sicherheitsbedrohungen
261 dar, die einer starken europäischen Regulierung zur Freiheitssicherung bedürfen.
262 Wir müssen die digitale Infrastruktur von Staat und Unternehmen ins 21.
263 Jahrhundert bringen, aktuelle Sicherheitsstandards und -kompetenzen in der
264 Breite der Bevölkerung verankern und kritische Bereiche durch Redundanzen
265 absichern. Es braucht ein effektives KRITIS-Dachgesetzes und umfassende
266 Sicherheitsstandards für Bund, Länder und Kommunen. Straftaten im Internet
267 müssen in der polizeilichen Arbeit gleichwertig mit der Strafverfolgung auf der
268 Straße gestellt werden und entsprechend in Aus- und Fortbildung gewichtet
269 werden. Darüber braucht es innerhalb der Sicherheitsbehörden spezialisierte
270 Dienststellen und Kompetenzen, um digitale Kriminalitätsphänomene zu erkennen,
271 nachzuvollziehen und zur Anklage bringen zu können. Gleichzeitig gilt es
272 technische Sicherheitslücken zu schließen, anstatt sie künstlich offenzuhalten,
273 weil diese auch für staatliche Überwachungsmaßnahmen genutzt werden sollen.
274 Damit wird ein unberechenbares Risiko geduldet, welches auch Kriminelle und
275 kriminelle Staaten für sich nutzen können. Statt der immer gleichen
276 Scheindebatten über die Ausweitung von technisch und rechtlich hochkomplexen
277 Befugnissen, braucht es qualitativ hochwertige und ermittlungsrelevante Daten,
278 die evidenzbasiert und gezielt erhoben und genutzt werden. Sich in die
279 Abhängigkeit von Anbietern wie Palantir zu begeben ist nicht nur falsch, sondern

280 auch gefährlich. Pauschale Forderungen nach Massenüberwachungsinstrumenten von
281 der Vorratsdatenspeicherung bis zu uferlosen Abhörmaßnahmen und Online-
282 Durchsuchungen widersprechen einem zielgerichteten und grundrechtsschonenden
283 Ansatz. Prioritär, aber kaum Gegenstand der Debatten, wäre die Zusammenführung
284 von bestehenden Daten innerhalb der Sicherheitsbehörden, die schnellere
285 Auswertung von Beweismitteln und Datenanalysen sowie Rechtssicherheit für
286 Hacker*innen, die Schutzlücken aufdecken und so helfen, technische Systeme
287 sicherer zu machen.

288 7. Gute Arbeitsbedingungen in den Sicherheitsbehörden – Abbau des
289 Sanierungsstaus und moderne Ausstattung

290 Die Innenminister*innen von Bund und Ländern haben in der Vergangenheit nicht
291 selten ein ritualisiertes und erstarrtes Sicherheitsleitbild verfolgt. Längst
292 offenbar gewordene, große sicherheitspolitische Defizite wurden allzu oft
293 ignoriert und durch Scheindebatten und Symbolpolitik von strukturellen Antworten
294 ablenkt. Punktuell und anlassbezogen wird Handlungsfähigkeit simuliert, etwa
295 durch die reflexhafte Forderung nach mehr Befugnissen, mehr Personal und mehr
296 Maßnahmen. Dies jedoch ohne durchtragende oder strukturelle Antworten für die
297 Sicherheitsarchitektur des Landes zu liefern. Gleichzeitig entstand ein
298 Sanierungsstau, marode Wachen, an vielen Stellen ein veralteter Fuhrpark sowie
299 ein Stau an technischen Beschaffungen für das Alltagsgeschäft. Nicht zuletzt
300 wird der Fachkräftemangel in den Sicherheitsbehörden bei wachsenden Aufgaben
301 spürbar. Die Auflösung des Sanierungsstaus muss in Anbetracht neuer finanzieller
302 Spielräume für Infrastruktur Priorität genießen und Klimaneutralität konsequent
303 mitgedacht und umgesetzt werden. Es braucht bessere und familienfreundlichere
304 Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitmodelle, mehr Zeit für auch nicht
305 anlassbezogene Reflektion und Supervision, ein umfassend abgedecktes
306 Dienstunfallrecht und eine sichere und zeitgemäße IKT-Ausstattung und
307 Infrastruktur. Die Nutzung von Informationen aus öffentlichen Quellen durch die
308 Stärkung von OSINT wird für die Breite polizeilicher Aufgaben zunehmend an
309 Bedeutung gewinnen und erfordert spezialisierte Kompetenzen in den Behörden. Die
310 Potentiale von KI im Polizeialltag liegen insbesondere bei Lagebewältigungen,
311 Dolmetschung und Kommunikation sowie bei der Auswertung vorhandener und
312 zweckmäßig klar bestimmter und rechtmäßig erhobener Daten. Zudem kann die
313 Digitalisierung von Prozessen neben einer grundsätzlichen Effizienzsteigerung
314 die Polizeien bei alltäglichen Massenverfahren, wie der Verkehrsunfallaufnahme,
315 entlasten. Für die effektive Verfolgung von Straftaten müssen
316 datenschutzkonforme Schnittstellen gegeben sein, um Daten unter Beachtung des
317 informationellen Trennungsprinzips auszutauschen und zusammenzuführen, auch
318 zwischen Verfassungsschutzbehörden und den Polizeibehörden. Eine Politik, die
319 immer nur mehr neue Befugnisse und Maßnahmen verspricht, ohne bestehende
320 Strukturen und Arbeitsprozesse zu evaluieren und anzupassen, wird die
321 Sicherheitsbehörden nicht entlasten. Sie verliert im Ernstfall den Fokus auf die
322 wirklich zu lösenden Kriminalitätsprobleme. Dabei darf die Weiterentwicklung der
323 Sicherheitsarchitektur nicht getrieben sein von tagesaktuellen politischen
324 Aufregern, sondern braucht abgestimmte und deliktsspezifische
325 Kriminalitätsbekämpfungsstrategien. Die angestoßene Überwachungsgesamtrechnung
326 und die Einführung periodischer Sicherheitsberichte sind entscheidend für eine
327 auf dem aktuellen Stand wissenschaftlichen Erkenntnissen basierenden
328 Innenpolitik. Dafür braucht es nicht zuletzt eine stärkere Öffnung der
329 Sicherheitsbehörden für wissenschaftliche Forschung, um die

330 Sicherheitsarchitektur evidenzbasiert weiterzuentwickeln. Es schafft keine
331 Sicherheit, wenn ein ums andere Mal Sicherheitsgesetze vom
332 Bundesverfassungsgericht revidiert werden müssen.

333 8. Vielfalt, Feminismus und Kulturwandel – Moderne Sicherheitsbehörden
334 stärken Vertrauen

335 Das Rollenverständnis von Sicherheitsbehörden befindet sich in einem stetigen
336 Wandel: Zusammensetzung von Polizeien, Durchsetzungsstrategien, Umgang mit
337 gesellschaftlichen Herausforderungen und Ansprüche an polizeiliches Handeln
338 unterliegen Veränderungsprozessen – und das ist auch gut so. Das Modell einer
339 autoritär auftretenden, männlich geprägten Polizei, die allein im Beruf aufgeht,
340 verändert sich auch in der Eigenwahrnehmung. Polizeiliches Handeln trifft auf
341 die Anforderung, sich besser erklären, vermitteln und nachvollziehen zu lassen.
342 Denn Sicherheit und Vertrauen in Sicherheitsbehörden lassen sich nicht von oben
343 verordnen, sondern müssen sich in der Gesellschaft abbilden. Die politischen
344 Rahmenbedingungen sind entscheidend dafür, ob das Sicherheitsversprechen für
345 alle Menschen in diesem Land gleichermaßen gilt. Die Sicherheitsbehörden selbst
346 sind dabei mehr als ein Abbild der Bevölkerung. Sicherheit wird durch Menschen
347 und menschliches Verhalten gestaltet - im Guten wie im Schlechten. Noch bis
348 heute sind Sicherheitsbehörden männerdominiert, auch wenn sich der
349 gesellschaftliche Wandel mittlerweile an vielen Stellen innerhalb der
350 Sicherheitsbehörden positiv widerspiegelt und Veränderungen angestoßen werden.
351 Eine feministische Innenpolitik stärkt Frauen in den Sicherheitsbehörden, ihre
352 Rechte und fördert Nachwuchs und Führungsqualitäten. Auch Diversität ist kein
353 Selbstzweck, sondern bereichert Behörden mit der Vielfalt an Perspektiven,
354 Lebenserfahrungen und unterschiedlicher Sozialisation. Wir setzen auf eine neue
355 Generation Polizist*innen, die selbstbewusst und überzeugt mit dem Anspruch an
356 rechtsstaatliches und respektvolles Handeln, Deeskalation und Kommunikation
357 sowie der Fähigkeit zur Selbstreflexion positive Veränderungsprozesse innerhalb
358 der Sicherheitsbehörden anstößt - auch gegen alteingesessene Gewissheiten. Wir
359 stärken Polizei dahingehend, dass sie den Kulturwandel zu modernen, vielfältigen
360 und diskriminierungsfreien Sicherheitsbehörden auf- und fortsetzen. Es braucht
361 es eine entsprechende Führungs- und Fehlerkultur, um Vertrauen in
362 diskriminierungsfreies Handeln zu stärken und um konsequent gegen
363 rechtsextremistische Tendenzen in den eigenen Reihen vorzugehen. Die
364 flächendeckende Einführung von unabhängigen Polizeibeauftragten ist ein
365 wichtiger Schritt zu einer modernen Polizeikultur. Sie dienen als Anlaufstellen
366 für die Anliegen von Betroffenen polizeilicher Maßnahmen als auch für
367 Polizist*innen. Gleichzeitig ist die Stärkung von Resilienz im polizeilichen
368 Alltag bis in den Einsatz- und Streifendienst und im Ermittlungsbereich gerade
369 bei wachsender Aufgabenbelastung entscheidend. Eine historisch gebildete,
370 demokratiestarke Polizei ist dabei genauso wichtig, wie das Wissen um
371 strukturelle Diskriminierungsrisiken in der Polizeiarbeit. Es muss im
372 Eigeninteresse der Polizeibehörden liegen, diese selbst nicht zu ignorieren,
373 sondern als solche klar zu benennen und zu bearbeiten. Die Abwehrdebatten gegen
374 die Kennzeichnungspflicht und Kontrollquittungen schaden modernen
375 Sicherheitsbehörden. Eine echte Fehlerkultur bei polizeilichem Fehlverhalten,
376 Transparenz und Nachvollziehbarkeit polizeilichen Handelns, Kommunikation,
377 Vielfalt und Diversität stärken Vertrauen. Das ist keine Aufgabe der Polizei
378 alleine: Alle Träger des staatlichen Gewaltmonopols, der Rechtspflege, der
379 politischen Bildung und in den öffentlichen Verwaltungen müssen darin gestärkt

380 werden, als Repräsentant*innen eines demokratisch verfassten Staates seine
381 Grundwerte zu vertreten und zu verteidigen. Es kann und darf keine Neutralität
382 gegenüber menschenfeindlichen Ideologien geben. Demokratisch resiliente,
383 multiprofessionelle und vielfältige Sicherheitsbehörden sind nicht nur für die
384 Demokratie unabdingbar, sondern auch zur Bewältigung des Fachkräftemangels als
385 attraktive Arbeitgeber*innen eine absolute Notwendigkeit. Deshalb müssen
386 Demokratiebildung, Diversität und kommunikative Kompetenzen innerhalb der
387 Sicherheitsbehörden in Ausbildung und Studium sowie durch Fortbildung in der
388 Breite gefördert werden. So werden die Sicherheitsbehörden zu modernen und
389 lernenden Behörden, welche dem Sicherheitsbedürfnis aller Menschen gerecht
390 werden können.

391 9. Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte schützen – unabhängige Justiz stärken

392 Die Unabhängigkeit der Justiz ist ein Garant für Rechtsstaatlichkeit. Wo
393 Autokraten regieren, wird der Rechtsstaat ausgehöhlt, Bürger*innenrechte
394 abgeschafft, Minderheiten und politische Gegner*innen kriminalisiert und mundtot
395 gemacht. Der Blick über den Tellerrand nach Ungarn, Italien bis in die USA
396 betrachten wir mit großer Sorge. Alle Menschen in diesem Land müssen sich darauf
397 verlassen können, dass der Rechtsstaat sie schützt. Die Durchsetzung des
398 Rechtsstaates ist keine Frage der Härte, denn der Rechtsstaat sichert die
399 Gleichheit vor dem Gesetz zu. Wer Straftaten begeht, hat Anspruch auf ein
400 rechtsstaatliches Verfahren. Es braucht gut aufgestellte und ausgestatte
401 Staatsanwaltschaften und Gerichte, damit Verfahren zeitnah nach einer Tat und in
402 gebotener Sorgfalt bearbeitet werden können. Der Fachkräftemangel droht diese
403 Situation weiter zu verschlimmern. Es braucht hierfür einen auskömmlichen Pakt
404 für den Rechtsstaat von Bund und Ländern mit mindestens einer Milliarde Euro.
405 Wenn Menschen zu einer Haftstrafe verurteilt werden, steht das Ziel der
406 Resozialisierung an erster Stelle. Straftaten beinhalten eine Strafe, dürfen
407 jedoch nicht dazu führen, dass Straftäter*innen entmenslicht werden. Die
408 Arbeit mit Gefangenen und Resozialisierungsprogramme sind kein nice to have,
409 sondern eine Notwendigkeit. Eine Politik, die auf Resozialisierung setzt,
410 erkennt an: Die Gefangenen von heute sind nach Verbüßung ihrer Strafen die
411 Nachbarn von morgen. Daher gilt es gezielt entgegenzuwirken, dass sich Menschen
412 in Gefängnissen radikalisieren oder tiefer in kriminelle Strukturen
413 hineingezogen werden. In vielen Anstalten des Maßregelvollzugs herrschen teils
414 unzumutbare Zustände für Straftäter*innen, die aufgrund psychischer Erkrankungen
415 eingewiesen wurden. Ärztliches und pflegendes Personal braucht adäquate
416 Arbeitsbedingungen in diesem oftmals schwierigen und teils gefährlichen
417 Arbeitsfeld und eine deutlich bessere Bezahlung. Das scharfe Schwert des
418 Strafrechts ist stets ultima ratio. Wo es ungerecht ist oder gar diskriminiert,
419 wollen wir Straftatbestände abschaffen. Die Strafbarkeit für
420 Schwangerschaftsabbrüche muss gestrichen werden. Ersatzfreiheitsstrafen wollen
421 wir abschaffen und das Fahren ohne Fahrschein nicht länger als Straftatbestand
422 einstufen. Bei Ordnungswidrigkeiten soll die finanzielle Situation der
423 Geahndeten stärker berücksichtigt werden. Der Strafraum bei schwerwiegenden
424 Delikten mit hohem Schaden bei der Finanz- und Wirtschaftskriminalität sollten
425 überprüft und nach oben angepasst werden. Auch Femizide müssen im

426 Strafrecht verankert werden. Viele Länder haben dazu bereits weitergehende
427 Regelungen eingeführt.

428 10. Katastrophen- und Zivilschutz weiter denken – in Krisenzeiten
429 Handlungsfähigkeit beweisen

430 Der Katastrophenschutz in Deutschland wurde in den letzten Jahrzehnten sträflich
431 vernachlässigt. Noch heute richtet sich der Grundsatz politischer
432 Entscheidungsprozesse danach aus, welches Problem akut gelöst werden muss und
433 nicht welche Maßnahmen sich mittel- und langfristig auszahlen. So verschwindet
434 die Katastrophenvorsorge und der Katastrophenschutz regelmäßig in
435 Haushaltsverhandlungen von der politischen Prioritätenliste. Gehandelt wird
436 erst, wenn die Krise da ist. Ob Pandemie, die Ahrtalflut oder
437 Hochwasserkatastrophen, erst im Anschluss werden Milliardensummen organisiert,
438 mit oftmals ineffizientem Mitteleinsatz. Der Katastrophenschutz muss
439 ressortübergreifend neu gedacht werden. Es braucht Echtzeitlagebilder,
440 Risikoanalysen und Notfallpläne für unterschiedlichste Krisenszenarien, um im
441 Zeitpunkt der Krise mit klaren Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten schnell
442 handlungsfähig zu sein. Anpassungsmaßnahmen werden gerade angesichts der
443 Klimakrise eine essenzielle Bedeutung einnehmen. Gleiches gilt für die hybriden
444 Bedrohungslagen, die sämtliche kritischen Infrastrukturen zu Zielen machen. In
445 aller Deutlichkeit muss auf Angriffe aus Putins Verantwortungsbereich
446 hingewiesen und der russische Einfluss auf die Energieinfrastruktur vollständig
447 beendet werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass Rosneft und Rosatom noch immer
448 starken Einfluss auf Infrastrukturen haben. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz
449 und die Katastrophenhilfe (BBK) muss vor allem in der länderübergreifenden
450 Steuerung mehr Kompetenzen bekommen, auch die Cyberhilfe muss ausgebaut werden.
451 Ein wesentlicher Baustein darüber hinaus ist die Selbsthilfefähigkeit der
452 Bevölkerung, Aus- und Fortbildung von Helfenden und Zivilbevölkerung und
453 regelmäßige Übungen müssen deutlich stärker vorangetrieben werden. Einmal
454 jährlich soll der bundesweite Bevölkerungsschutztag auch als Übungstag genutzt
455 werden, um die Krisenfestigkeit der gesamten Gesellschaft zu erhöhen. Die
456 Zeitenwende muss sich auch im Zivil- und Bevölkerungsschutz widerspiegeln und
457 vulnerable Gruppen besonders berücksichtigen. Die zivil-militärische
458 Zusammenarbeit zwischen der Bundeswehr und den Sicherheits- und
459 Katastrophenschutzbehörden muss verlässlich ausgestaltet werden. Unter den neu
460 geschaffenen grundgesetzlichen Rahmenbedingungen für die Sicherheit Europas ist
461 der Zivil- und Katastrophenschutz auch wirklich auskömmlich zu adressieren.

weitere Antragsteller*innen

Michael Lühmann (KV Göttingen); Madeleine Henfling (KV Ilm-Kreis); Vanessa Gronemann (KV Kassel-Stadt); Jan Wulff (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Leon Eckert (KV Freising); Jan Kürschner (KV Kiel); Oliver Hildenbrand (KV Stuttgart); Karoline Otte (KV Northeim/Einbeck); Torsten Franz (KV Lüneburg); Till Köhler (KV Northeim/Einbeck); Susanne Stobbe (KV Göttingen); Kerstin Sennekamp (KV Göttingen); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Christina Markfort (KV Berlin-Kreisfrei); Jan Frederik Wienken (KV Braunschweig); Jens Krumsieck (KV Braunschweig); Willi Junga (KV Berlin-Kreisfrei); Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jens Weinandt (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); sowie 67 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.